



[Doris Leuthard]

«Ein Master für jeden ist nicht das Ziel»

Die Zuwachsraten an den Fachhochschulen sind enorm. Der Bund unterschätze den Ansturm nicht, sagt die zuständige Bundesrätin.

INTERVIEW: MARKUS GISLER

Frau Leuthard, als Vorgescherin des Volkswirtschaftsdepartements untersteht Ihnen das Bundesamt für Bildung und Technologie, das BBT. Dort integriert sind die Fachhochschulen. Anfang Jahr hat das BBT eine Reihe von Masterprogrammen gut geheissen. Während Sie den Künsten – völlig verständlich – alle Gesuche bewilligten, kamen bei den Angewandten Wissenschaften längst nicht alle Programme durch. Es gab offenbar Widerstand von den Universitäten und der ETH. Es scheint, die Fachhochschulen als Dritte Kraft in der Bildungslandschaft haben gewisse Akzeptanzprobleme.

Das sehe ich nicht so. Fachhochschulen behaupten sich sehr gut. Sie haben eine 10jährige Erfolgsgeschichte hinter sich. Die Wirtschaft schätzt den Wert ihrer Ausbildungen und das Interesse der Studierenden ist gross. Ein Drittel der Studierenden geht inzwischen an eine Fachhochschule, da kann man nicht von Akzeptanzproblemen sprechen.

Dass nicht alle Master genehmigt wurden, hat nichts mit Widerstand zu tun. Erstens gilt es zu erinnern, dass der Bachelor der Regelabschluss sein soll. Zweitens haben wir nach gleichen,

strengen Kriterien geprüft, und sind zum Schluss gekommen, dass nicht alle Gesuche reif sind. Ich lege grossen Wert darauf, dass die bewilligten Studiengänge die qualitativen Anforderungen erfüllen und unnötige Doppelspurigkeiten verhindert werden.

Masterprogramme im Bereich Wirtschaft und Life Science wurden besonders kritisch hinterfragt. Acht von 19 Gesuchen wurden zurückgestellt. Sind diese Programme unqualifiziert oder machen sie den Universitäten oder der ETH Konkurrenz?

Zunächst zu den Fakten: Wir haben über 80 Mastergesuche geprüft. Der grossen Mehrheit konnten wir grünes Licht für den Start im nächsten Herbst geben. Unter den verbleibenden hat es solche, die die Voraussetzungen nicht erfüllen. Andere müssen noch vertiefter angeschaut werden und starten später. Es lohnt sich, jetzt nichts zu überstürzen, denn die Masterstufe ist ja ein Novum für die Fachhochschulen.

Insgesamt haben die Fachhochschulen gut gearbeitet. Die Qualität der Gesuche war hoch. Problematische

Punkte, auf die wir gestossen sind, sind z.B. die Abgrenzung zum Weiterbildungsmaster, die Forschungsabstützung oder die Frage der Berufsqualifizierung, die auch beim Master zwingend ist.

Erstaunlicherweise gab es sogar im Parlament Widerstand als es im Herbst 2007 bei den Bildungskrediten für die Fachhochschulen 200 Mio. Fr. strich, während die andern Bildungsstätten grosszügig versorgt werden. Nicht gerade ein ermutigendes Zeichen. Das Parlament scheint die Bedeutung der Fachhochschulen zu ignorieren. Fehlt den Fachhochschulen das nötige Lobbying im Parlament?

Im Gegenteil: Die Bundespolitik hat in den letzten Jahren die Reformen aktiv unterstützt und viel dazu beigetragen, dass die Fachhochschulen heute da stehen, wo sie stehen. So wurden die Beiträge an die Fachhochschulen für die Periode 2008-2011 mit 7,8 % sogar überdurchschnittlich erhöht. Dies ist ein deutliches Zeichen der Wertschätzung. Nun gilt es die Gelder gezielt einzusetzen und das Optimum herauszuholen.



Das offizielle Bundesratsfoto von 2006, aufgenommen von der Fachklasse Fotografie der Zürcher Hochschule der Künste. / Key



Zürcher Hochschule
für Angewandte Wissenschaften

School of
Management and Law



Master your Future! Neue konsekutive Master- studiengänge ab Herbst 08

.....
**Master of Science in
Banking and Finance**
**Master of Science in
Business Administration (Marketing)**
.....

ZHAW Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
School of Management and Law
CH-8400 Winterthur
Telefon +41 58 934 68 34
info-master.som@zhaw.ch
www.som.zhaw.ch/master

Building Competence. Crossing Borders.

Zürcher Fachhochschule

Jetzt anmelden.

Die Master sind heute als Zugabe für eine Elite der Fachhochschulabsolventen gedacht. Man rechnet, dass weniger als 20 Prozent der Bachelor-Absolventen einen Master anhängen. Das scheint konservativ gerechnet. An der Hochschule macht auch (fast) jeder den Master.

Ein Master für jeden ist nicht das Ziel bei den Fachhochschulen. Bei der Bologna-Reform haben wir klar gesagt: Das frühere Studium entspricht nach neuem System einer Bachelor-Ausbildung. Nur im Kunstbereich ist die Situation anders. Wir müssen auf Top-Qualität bei den Bachelorangeboten setzen und verhindern, dass das

«Die Weiterbildung darf nicht einfach in die Masterprogramme verlagert werden.»

Fachhochschulstudium generell länger wird. Bachelor-Abschlüsse sind in der Wirtschaft gefragt und bewegen sich sehr nah an den Bedürfnissen der Praxis. Bei den Masterangeboten muss die Qualität stimmen. Und wir müssen Sorge tragen, dass nicht Ausbildungen, die eigentlich in ein Weiterbildungsgefäss gehören, auf die neue Masterstufe verlagert werden und die öffentlichen Finanzen zusätzlich belasten.

Was, wenn das Geld für Masterprogramme fehlt?

Das Vorgehen bei den Masterbewilligungen haben wir – auch, was die Finanzen anbetrifft – mit den Kantonen abgesprochen. Wir sind uns einig, dass die Anzahl Master nicht unkontrolliert anwachsen darf und dass die Finanzierung gesichert sein muss. Daran halten wir fest.

Die Fachhochschulen haben einen gewaltigen Zulauf. Im letzten Herbst nahmen die Stu-

dentenzahlen bis zu 20 Prozent zu (z.B. an der ZHAW oder an der FH Nordwestschweiz). Der Trend wird sich fortsetzen. Gleichzeitig sind weder der Bund noch die Kantone bereit, mehr Geld in die Fachhochschulen zu stecken. Wir orten ein Problem.

Die Zunahme der Studierendenzahlen ist eine der grossen Herausforderungen, das ist richtig. Da die Mittel limitiert sind, haben wir Anstrengungen unternommen, das Geld noch effizienter einzusetzen. Dies mit Erfolg: Der Masterplan Fachhochschulen, den wir mit den Kantonen ins Leben gerufen haben, hat sich als Instrument bewährt. Mit gezielten Massnahmen ist es den Fachhochschulen gelungen, die Kosten pro Studienplatz deutlich zu senken.

Die Zeit könnte kommen, wo die Hochschulen gezwungen sein werden, den Numerus Clausus einzuführen. Die Befürworter sagen, dieser würde die Spreu vom Weizen trennen, Kritiker finden, Bildung müsse frei sein. Wie stehen Sie zum Numerus clausus?

Ich sage: Bildung muss attraktiv und grundsätzlich für alle, welche die Anforderungen erfüllen, zugänglich sein. Gleichzeitig muss die Qualität stimmen und das Angebot finanzierbar sein. Auf der Masterstufe ist Selektion ein Thema. In der Angebotsgestaltung, in der Finanzierung und in der Zulassungsfrage ist mehr Flexibilität gefragt. Dabei müssen Bund und Kantone stets das Funktionieren des ganzen Bildungssystems – von der Berufsbildung bis zum Master – im Auge behalten.

Macht es Ihnen nicht Mühe zu sehen, dass wir jährlich Tausende von Phil-I-Studenten ausbilden mit häufig schwierigen Berufsaussichten, während die Wirtschaft und die Industrie die benötigten Ingenieure und das mittlere Kader mittlerweile in

Polen rekrutieren muss.

Ja, es gibt leider Bereiche, wo uns der Nachwuchs fehlt. Vor allem technische Ausbildungen liegen nicht im Trend, obwohl gerade hier die Perspektiven gut sind. Vielleicht weil man sich ein falsches Bild von diesen Berufen macht. Das dürfen wir nicht hinnehmen. Damit unsere Wirtschaft in Zukunft die benötigten Fachkräfte hat, müssen wir in der Schule ansetzen: Naturwissenschaften müssen wieder mehr Platz haben und attraktiv vermittelt werden.

«Technische Ausbildungen liegen nicht im Trend, obwohl die Perspektiven gut sind.»

Wir werden noch dieses Jahr Innovationsstage in Schulen lancieren und eine nationale Technologie- und Innovationskonferenz durchführen. 2008 ist zudem das Jahr der Informatik. Unausgeschöpftes Potenzial sehe ich noch immer bei den Frauen: Es lohnt sich, diese für die Wahl einer technischen Ausbildung zu motivieren.

Die Chefin im Eidg. Volkswirtschaftsdepartement

► **Vor bald zwei Jahren ist die Aargauerin Doris Leuthard** zur Bundesrätin gewählt worden. Zuvor sass sie während sieben Jahren im Nationalrat. Seit 2004 war sie Präsidentin der CVP und hat in dieser Funktion der Partei zu neuem Profil verholfen. Innerhalb der CVP zählt sie zum wirtschaftsliberalen Flügel. Die Juristin ist Inhaberin eines Anwaltspatents. In der Diskussion um die Umgestaltung der Aufgaben des Bundesrats plädierte Leuthard für die Schaffung eines Bildungsdepartements. Heute sind die FH im Volkswirtschafts- die ETH und Uni im Departement des Innern angesiedelt.

Es gibt viele Bildungsfachleute, die finden, eine Ausbildung an Uni, ETH oder Fachhochschule sollte nicht gratis sein. Nach dem Motto, was nichts kostet, ist nichts Wert. Würde mit Studiengebühren nicht bewusster studiert und gleichzeitig Bund und Kantone entlastet?

Ich glaube nicht, dass junge Menschen mit dieser Einstellung in ein Studium gehen. Anpassungen der Gebühren sind aber nicht tabu: So hat es in den letzten Jahren eine moderate Erhöhung gegeben. Damit konnte ein gewisses Ungleichgewicht zwischen den Hochschulen behoben werden. Einen kompletten Systemwechsel bei den Studiengebühren könnten wir nur ins Auge fassen, wenn gleichzeitig die Frage der Stipendien gesamtschweizerisch geklärt wird.

Wir orten eine Diskrepanz in der Strategie: Jeder junge Bürger und jede Bürgerin weiss, dass die Berufslehre im Grunde nicht mehr reicht und eine gute Weiterbildung zwingend ist, um beruflich Erfolg zu haben. Gleichzeitig spart die Politik. Eine wirkliche Vorwärtsstrategie in der Bildung fehlt. Eigentlich bräuchte es eine Bildungsinitiative.

Diese Bildungsinitiative ist schon angelaufen! Allen den Zugang zu einer Weiterbildung zu ermöglichen, stand im Zentrum der Bildungsreformen der jüngsten Zeit. Dank Berufsmaturität und Fachhochschulen bieten sich heute auch mit einer Berufslehre beste Karriereaussichten. Alternativ dazu haben wir ein attraktives Angebot in der höheren Berufsbildung. Dank Passerellen zwischen den Ausbildungswegen kann jeder den für ihn passenden Bildungsweg verfolgen und seine beruflichen Chancen verbessern. Ein anderes aktuelles Thema ist die Anrechnung von Wissen, das informell erworben wurde, z.B. in Familie oder Freiwilligenarbeit. Zudem arbeiten wir an Analysen und Vorschlägen im Bereich der Weiterbildung mit dem Ziel, die Quote zu steigern und Wege dafür aufzuzeigen. Nur so ist die Schweiz für die künftigen Herausforderungen vorbereitet! ■

